

Name:

ABSCHLUSSPRÜFUNG WINTER 2006/2007

Ausbildungsberuf: **Steuerfachangestellte/r**

Prüfungsort:

Termin: Freitag, 10. November 2006

Prüfungsfach: **Steuerwesen**

Bearbeitungszeit: 150 Minuten

Bitte **deutlich schreiben** und Füllhalter, Kugelschreiber oder Filzstift benutzen.

Gesamtpunktzahl:	100,0	Erzielte Punkte:
Aufgabe I (ESt)	40,0	
Aufgabe II (GewSt / KSt)	25,0	
Aufgabe III (AO)	11,0	
Aufgabe IV (USt)	24,0	
Note:		
Unterschrift Erstzensor:	Unterschrift Zweitzensor:	

Aufgabe I / Einkommensteuer

(40,0 Punkte)

A. Sachverhalt

1. Persönliche Verhältnisse

Die Eheleute Marco (32 Jahre alt) und Sylvia Pieper (27 Jahre alt) sind seit 2002 verheiratet und wohnen in Krefeld.

Die Eheleute gehören keiner Konfession an und haben keine Kinder.

Für den Veranlagungszeitraum (VZ) 2005 beantragen die Eheleute die Zusammenveranlagung.

Seit einem Verkehrsunfall im Jahre 1998 hat Marco Pieper einen Grad der Behinderung von 90 %.

2. Angaben zu den Einkünften

2.1. Einkünfte des Marco Pieper (M. P.)

M. P. ist angestellter Rechtsanwalt in einer Düsseldorfer Rechtsanwaltssozietät. Aus der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung 2005 ergeben sich u. a. folgende Angaben:

Bruttoarbeitslohn	60.000,00 €
Lohnsteuer	8.788,00 €

M. P. macht als Werbungskosten geltend:

- Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit dem eigenen PKW an 220 Tagen (einfache Entfernung: 26 km). M. P. musste dabei seinen Dienst um 09:00 Uhr beginnen, fuhr mittags täglich gegen 13:00 Uhr nach Hause zurück und hatte dann noch einmal ab 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr „Spätdienst“, damit die Kanzlei bis in die Abendstunden besetzt war. Insgesamt fuhr er nachweislich also viermal täglich die Strecke. Von seinem Arbeitgeber erhielt er keinen Ersatz.
- Anschaffung eines elektronischen Terminkalenders ausschließlich für berufliche Termine am 15.02.2005 in Höhe von (409,48 € + 65,52 € USt=) 475,00 €. Die Nutzungsdauer beträgt fünf Jahre.
- Kontoführungsgebühren: 16,00 €
- Aufwendungen für Fachliteratur: 200,00 €

2.2. Einkünfte der Sylvia Pieper (S. P.)

a) Seit einigen Jahren ist S. P. an der Einzelunternehmung ihrer Freundin Gabi Locke beteiligt. Gemäß den getroffenen Vereinbarungen ist sie sowohl am Gewinn als auch am Verlust beteiligt. Nach dem Gesellschaftsvertrag hat S. P. lediglich Kontrollrechte i. S. des § 233 HGB, indem ihr nur erlaubt ist, Einsichtnahme in die Bücher der Gabi Locke zu nehmen.

Im April 2005 erhielt S. P. die als **Anlage 1** beigefügte Steuerbescheinigung. Der Auszahlungsbetrag wurde am 25.04.2005 ihrem privaten Bankkonto gutgeschrieben.

b) Des Weiteren ist S. P. an der Kraut & Rüben GmbH beteiligt. Im Mai 2005 erhielt S. P. die als **Anlage 2** beigefügte Steuerbescheinigung. Der Auszahlungsbetrag wurde am 09.05.2005 ihrem privaten Bankkonto gutgeschrieben.

Im Zusammenhang mit dieser Beteiligung entstanden Anlagenberatungsaufwendungen in Höhe von insgesamt 150,00 €, die im VZ 2005 von S. P. geleistet worden sind.

Haarstudio Locke e.K.

Haaner Str. 29

40699 Erkrath

(Bezeichnung der auszahlenden Stelle/des Schuldners der Kapitalerträge)

Steuerbescheinigung**der auszahlenden Stelle/des Schuldners der Kapitalerträge (§ 45a Abs. 2 EStG)**

An Sylvia Pieper

(Name und Anschrift des Gläubigers der Kapitalerträge)

Friedlandstraße 90, 47829 Krefeld

wurden am 13. April 2005

(Zahlungstag)

von

Haarstudio Locke e.K.,
Haaner Str. 29, 40699 Erkrath

(Name und Anschrift des Schuldners der Kapitalerträge)

für den Zeitraum 2004 folgende

Beteiligungserträge

gezahlt:

(Art der Kapitalerträge)

Höhe der Kapitalerträge und/oder	3.500,00 €
Ersatzbemessungsgrundlage gem. § 43a Abs. 2 EStG	0,00 €
anrechenbarer Zinsabschlag gem. § 43a Abs. 1 Nr. 4 EStG	0,00 €
anrechenbare Kapitalertragsteuer gem. § 43a Abs. 1 Nr. 2 EStG	875,00 €
anrechenbarer Solidaritätszuschlag	48,13 €

Finanzamt, an das die Kapitalertragsteuer/der Zinsabschlag und der Solidaritätszuschlag abgeführt worden sind

D'dorf-Mettmann

Steuernummer der auszahlenden Stelle/ des Schuldners

147/1234/5678

Ich versichere, dass ich die Angaben in dieser Bescheinigung wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Erkrath, 13. April 2005

(Ort, Datum, ggf. Firmenstempel)

Locke

Bitte eigenhändig unterschreiben!

Karl-Ulitzka-Str. 9, 51373 Leverkusen

(Bezeichnung der ausschüttenden Körperschaft)

Steuerbescheinigung

der leistenden Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse
(§ 45 a EStG, § 8 Abs. 1, §§ 27, 28, 37 KStG i.d.F. des Steuersenkungsgesetzes)
für Bezüge, für die das Halbeinkünfteverfahren gilt

An **Sylvia Pieper**

(Name und Anschrift des Anteilseigners / Gläubigers der Kapitalerträge)

Friedlandstr. 90, 47829 Krefeld

wurde laut Beschluss vom **02.05.2005** am **04.05.2005** für **01.01.2004 - 31.12.2004**

(Zahlungstag)

(Zahlungszeitraum)

folgende **Gewinnanteile** gezahlt:

(Art der Kapitalerträge)

Kapitalerträge im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 1, 9 und Nr. 10 Buchst. a EStG

****24.000,00 €**

Bezüge im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 2 EStG

*****€

darin enthaltene Leistungen aus der Herabsetzung
des gezeichneten Kapitals (§ 28 Satz 4 KStG)

*****€

Summe

*******24.000,00 €**

Anrechenbare Kapitalertragsteuer im Sinne des § 43 a Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG

*******4.800,00 €**

Anrechenbare Kapitalertragsteuer im Sinne des § 43 a Abs. 1 Nr. 4 und 5 EStG

*****€

Anrechenbarer Solidaritätszuschlag zur Kapitalertragsteuer

*******264,00 €**

Leistungen aus dem steuerlichen Einlagenkonto (§ 27 KStG)

*****€

Höhe des von der leistenden Körperschaft in Anspruch genommenen
Körperschaftsteuerminderungsbetrages (§ 37 KStG)

*****€

Finanzamt, an das die Kapitalertragsteuer
und der darauf entfallende Solidaritätszuschlag abgeführt worden sind:

Leverkusen

Steuernummer

230 / 5123 / 0416

Ich versichere, dass ich die Angaben wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Leverkusen, 04.05.2005

(Ort und Datum)

Manfred Rüben, Geschäftsführer

(Unterschrift)

Name:

Lösungsblatt I zu Aufgabe I / (Einkommensteuer)

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

Name:

Lösungsblatt II zu Aufgabe I / (Einkommensteuer)

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

Benutzen Sie bitte ggf. die Rückseite!

Name:

Lösungsblatt III zu Aufgabe I / (Einkommensteuer)

Ermittlung der Einkommensteuererstattung bzw. -nachzahlung

Prüfen und begründen Sie, ob die Eheleute Pieper zur Abgabe der ESt-Erklärung 2005 verpflichtet sind. Nennen Sie die entsprechende gesetzliche Grundlage.

Lösung:

3. Sonstige Aufwendungen / Angaben der Eheleute Pieper im VZ 2005

- a) Die **abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen** für den VZ 2005 betragen 5.070,00 €.
- b) Spende an eine anerkannte **politische Partei** in Höhe von 500,00 €.
- c) Im April 2005 begann S. P. ein **Erststudium** der Rechtswissenschaften an der Heinrich Heine-Universität in Düsseldorf. Hierfür entstanden ihr im VZ 2005 Aufwendungen für Fachbücher in Höhe von 450,00 €. Sie fuhr an 150 Tagen mit ihrem eigenen PKW nach Düsseldorf (einfache Entfernung: 34 km).
- d) **Behinderungsbedingte Privatfahrten** des M. P. mit dem eigenen PKW in Höhe von pauschal 7.000 km.
- e) M. P. **unterstützte** seine **bedürftige Schwiegermutter** in den Monaten Januar 2005 bis September 2005 mit monatlich 400,00 €. In dieser Zeit erhielt die Schwiegermutter ein Arbeitslosengeld von monatlich 350,00 €. Seit Oktober 2005 ist die Schwiegermutter wieder berufstätig und bezieht einen monatlichen Bruttoarbeitslohn von 1.500,00 €. Seit Oktober 2005 erbringt M. P. keine Unterhaltsleistungen mehr.

B. Aufgaben

1. Ermitteln Sie für den VZ 2005 in einer **übersichtlichen Darstellung** unter Angabe der **steuerlichen Fachbegriffe** für die Eheleute Pieper
 - a) das zu **versteuernde Einkommen**, das so niedrig wie möglich sein soll.
 - b) die Höhe der zu erwartenden **Einkommensteuererstattung bzw. -nachzahlung**.
Gehen Sie dabei von einem **EST-Satz** von **18,72 %** aus.
Auf den **Solidaritätszuschlag** ist aus Vereinfachungsgründen **nicht einzugehen**.
2. Prüfen und begründen Sie, ob die Eheleute Pieper zur **Abgabe der EST-Erklärung 2005** verpflichtet sind. Nennen Sie die entsprechende **gesetzliche Grundlage** aus dem **ESTG**.

C. Bearbeitungshinweise

1. Sämtliche Anträge gelten als gestellt und die dazu erforderlichen Nachweise als erbracht.
2. Für den VZ 2005 haben die Eheleute Pieper **keine EST-Vorauszahlungen** geleistet.
3. Beachten Sie für Ihre Lösung die nachfolgenden **Auszüge aus den Steuerrichtlinien**.
4. Benutzen Sie für Ihre Lösung die **beigefügten Lösungsblätter I - III**.

Auszüge aus den Steuerrichtlinien

1. Bei **behinderten Menschen i. S. des § 9 Abs. 2 EStG** können die Fahrtkosten mit **0,30 € je Fahrkilometer** angesetzt werden (R 42 Abs. 7 LStR i. V. mit R 38 Abs. 1 Satz 5 LStR).
2. Aufwendungen für durch die Behinderung veranlasste unvermeidbare **Privatfahrten** sind als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen, soweit sie nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden und angemessen sind. Aus Vereinfachungsgründen kann im Allgemeinen ein Aufwand für Fahrten bis zu **3.000 km** im Jahr als angemessen angesehen werden. Ein höherer Aufwand als **0,30 €/km** ist unangemessen und darf deshalb im Rahmen des § 33 EStG nicht berücksichtigt werden (H 33.1 – 33.4 EStH).

A. Sachverhalt

Die Ramba & Zamba GmbH mit Sitz in Düsseldorf verfügt über ein Stammkapital von 50.000,00 €.

Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten für das Wirtschaftsjahr 2005 ist bereits (in verkürzter Form) die vorläufige Steuerbilanz zum 31.12.2005 und die vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01. – 31.12.2005 erstellt (siehe rechte Seite). Die **Steuerrückstellungen** sind darin **noch nicht ausgewiesen**.

Folgende **Angaben / Sachverhalte** sind **noch zu berücksichtigen**:

- Der **GewSt-Hebesatz** beträgt 450 %.
- Der **Einheitswert** des **Betriebsgrundstücks** beträgt 70.000,00 € (Wertverhältnisse vom 01.01.1964). Das Grundstück wird zu 100 % eigenbetrieblich genutzt.
- Die gebuchten **Darlehenszinsen** beziehen sich auf ein Darlehen, das im Wirtschaftsjahr 2004 zur Verstärkung des Betriebskapitals aufgenommen worden ist.
- Der **stille Gesellschafter** hält seine Beteiligung im Privatvermögen.
- Die **Bewirtungsaufwendungen** sind nachgewiesen und angemessen. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind sie zu 100 % ausgewiesen. Die Umsatzsteuer in Höhe von 1.008,00 € wurde bei der Erstellung der Umsatzsteuer-Voranmeldung als Vorsteuer abgezogen und über das Konto „abzugsfähige Vorsteuer“ gebucht.

B. Aufgaben

1. Ermitteln Sie in einer **übersichtlichen Darstellung** die **Rückstellungen** zum 31.12.2005 zur
 - a) **Gewerbsteuer** nach der **5/6 – Methode**,
 - b) **Körperschaftsteuer**,
 - c) sowie zum **Solidaritätszuschlag**.

Bearbeitungshinweis: Es ist zweckmäßig, die Reihenfolge der Aufgaben 1 a) – 1 c) einzuhalten.
--

2. Ermitteln Sie den **endgültigen Jahresüberschuss** der Ramba & Zamba GmbH für das Wirtschaftsjahr 2005.

C. Bearbeitungshinweis

Benutzen Sie für Ihre Lösung die **beigefügten Lösungsblätter IV – VI**

Name:

Lösungsblatt IV zu Aufgabe II / (Gewerbe- und Körperschaftsteuer)

Aufgabe 1 a) Gewerbesteuerrückstellung zum 31.12.2005

Name:

Lösungsblatt V zu Aufgabe II / (Gewerbe- und Körperschaftsteuer)

Aufgabe 1 b) Körperschaftsteuerrückstellung zum 31.12.2005

Name:

Lösungsblatt VI zu Aufgabe II / (Gewerbe- und Körperschaftsteuer)

Aufgabe 1 c) SolZ-Rückstellung zum 31.12.2005

Aufgabe 2) Endgültiger Jahresüberschuss für 2005

Vorläufiger Jahresabschluss der Ramba & Zamba GmbH (ohne Berücksichtigung der Steuerrückstellungen)

Vorläufige Steuerbilanz zum 31.12.2005				
AKTIVA		Ramba & Zamba GmbH, Düsseldorf		PASSIVA
Verschiedene Aktiva	470.988,00 €	Gezeichnetes Kapital	50.000,00 €	
		Gewinnvortrag	50.115,00 €	
		Jahresüberschuss	79.523,00 €	
		Verschiedene Passiva	291.350,00 €	
	470.988,00 €			470.988,00 €

Vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung vom				
01.01.2005 bis zum 31.12.2005				
Aufwendungen		Ramba & Zamba GmbH, Düsseldorf		Erträge
Wareneinsatz	376.500,00 €	Umsatzerlöse	1.141.289,00 €	
Personalaufwendungen	402.610,00 €			
Abschreibungen	185.000,00 €			
Darlehenszinsen	5.000,00 €			
Gewinnanteil typisch stiller				
Gesellschafter	15.000,00 €			
Bewirtungsaufwendungen	6.300,00 €			
Sonst. betriebl. Aufwendungen	31.756,00 €			
KSt-Vorauszahlungen 2005	20.000,00 €			
SolZ-Vorauszahlungen 2005	1.100,00 €			
GewSt-Vorauszahlungen 2005	18.500,00 €			
vorläufiger Jahresüberschuss	79.523,00 €			
	1.141.289,00 €			1.141.289,00 €

Aufgabe III / Abgabenordnung

(11,0 Punkte)

A. Sachverhalt

Die ledige Gundula Sause (G. S.) hat ihren Wohnsitz in Oberhausen, Schwartzstr. 15 (FA-Bezirk: Oberhausen-Süd).

Sie betreibt als Einzelunternehmerin ein Café mit einer Konditorei in der Gymnasialstr. 26 (FA-Bezirk: Oberhausen-Nord). Weitere Einkünfte erzielt sie nicht.

Ihre ESt-Erklärung 2004 hat G. S. nach mehrfach gewährter Fristverlängerung am 09.05.2006 bei dem örtlich zuständigen FA eingereicht.

Das FA gab den ESt-Bescheid 2004 am 30.08.2006 mit einfachem Brief zur Post. Der Steuerbescheid ist G. S. am 31.08.2006 zugegangen.

Der ESt-Bescheid weist eine festgesetzte Einkommensteuer in Höhe von 6.069,00 € und einen festgesetzten Solidaritätszuschlag in Höhe von 333,80 € aus.

Die festgesetzten und geleisteten ESt-Vorauszahlungen 2004 belaufen sich auf insgesamt 4.820,00 €; die festgesetzten und geleisteten SolZ-Vorauszahlungen 2004 betragen insgesamt 265,00 €.

Auszug aus dem Kalender 2006:

	August 2006					September 2006					Oktober 2006				
Mo		7	14	21	28		4	11	18	25		2	9	16	23
Di	1	8	15	22	29		5	12	19	26		3	10	17	24
Mi	2	9	16	23	30		6	13	20	27		4	11	18	25
Do	3	10	17	24	31		7	14	21	28		5	12	19	26
Fr	4	11	18	25		1	8	15	22	29		6	13	20	27
Sa	5	12	19	26		2	9	16	23	30		7	14	21	28
So	6	13	20	27		3	10	17	24		1	8	15	22	29

B. Aufgaben

1. Welches Finanzamt (**Ort und übliche Bezeichnung**) ist für die **Einkommensteuer 2004** der G. S. **örtlich zuständig** gewesen? Geben Sie die **gesetzliche Grundlage** an.

Lösung:

2. Prüfen Sie unter Angabe der **Fristberechnung**, wann die **Abschlusszahlung** für 2004 **fällig** gewesen ist.

Lösung:

3. Prüfen und begründen Sie unter **Angabe des Rechenweges, ob** – und **ggf.** in welcher **Höhe in €** – G. S. neben der Abschlusszahlung 2004 **steuerliche Nebenleistungen** zu entrichten hatte.

Lösung:

4. Zu welchem Termin (**Angabe des Datums!**) endet die **Zahlungsverjährungsfrist** für die ESt-Abschlusszahlung 2004?

Lösung:

Aufgabe IV / Umsatzsteuer

(24,0 Punkte)

Peter Silie (P. S.) betreibt in Leverkusen eine Gastwirtschaft. Der Gaststätte ist ein Kiosk angeschlossen, der lediglich eine Verkaufstheke aufweist. Dieser Kiosk dient in erster Linie dem Verkauf von Currywürste, Pommes frites und Getränken.

P. S. versteuert seine Umsätze nach vereinbarten Entgelten und ist Monatszahler mit einer vom Finanzamt Leverkusen eingeräumten Dauerfristverlängerung.

Bei der Erstellung der Umsatzsteuer-Jahreserklärung 2005 sind noch die folgenden Sachverhalte umsatzsteuerlich zu beurteilen:

Sachverhalt 1 (9,5 Punkte)

Der Bauunternehmer Marco Mörtel erwarb im Juli 2005 im Rahmen einer **Geschäftsreise** am Kiosk des P. S. eine Currywurst mit Pommes frites zum angebotenen Tagespreis von 2,95 €.

Auf Wunsch des Marco Mörtel stellte P. S. folgende **Quittung** aus:

		Quittung	
	Netto	2,54	□
	+ 16 % MwSt	0,41	□
Nr. 198	Gesamt	2,95	□
Betrag in Worten	<i>Zwei</i>		Cent wie oben
von	<i>Bauunternehmer Marco Mörtel, 51429 Bergisch Gladbach, Buddestr. 18 - 20</i>		
für	<i>1 Currywurst mit Pommes frites</i>		
		dankend erhalten.	
Ort/Datum	<i>Leverkusen, 18.07.2005</i>		
Buchungsvermerke	Stempel/Unterschrift des Empfängers		
	Kiosk "Zur Endstation" Heinrichstr. 29 51373 Leverkusen <i>Peter Silie</i>		

Aufgaben

1. Entscheiden Sie, welche **Art der Leistung** P. S. gegenüber dem Bauunternehmer Mörtel ausgeführt hat. **Begründen** Sie Ihre Entscheidung.

Lösung:

2. a) Ermitteln Sie die **Bemessungsgrundlage** und die Höhe der **gesetzlich** geschuldeten **Umsatzsteuer** in € für **Juli 2005**.
b) Wie hoch ist die von P. S. **tatsächlich** geschuldete **Umsatzsteuer** in € für **Juli 2005**?
c) **Begründen** Sie Ihre Antwort zu b) unter Angabe der **gesetzlichen Grundlage**.

Lösungen:

zu a)

zu b)

zu c)

3. Enthält die ausgestellte **Quittung** alle **notwendigen Bestandteile**?
Begründen Sie Ihre Entscheidung.

Lösung:

4. Unterstellen Sie, dass eine ordnungsgemäße Rechnung vorliegt:
In welcher **Höhe** in € kann der Bauunternehmer Mörtel den **Vorsteuerabzug** geltend machen?
Begründen Sie Ihre Entscheidung auch unter Angabe der **gesetzlichen Grundlage**.

Lösung:

Sachverhalt 2 (14,5 Punkte)

Das Wohn- und Geschäftshaus des P. S. in Leverkusen und die dazugehörigen auf dem Grundstück gelegenen PKW-Stellplätze waren nach einjähriger Bauzeit zum 01.07.2005 fertig gestellt und wurden von P. S. noch am gleichen Tag abgenommen.

Gebäude und Einstellplätze wurden im VZ 2005 wie folgt genutzt:

Erdgeschoss, Stellplatz Erdgeschoss:

Gaststätte des P. S. ab 01.07.2005. Der zum Erdgeschoss gehörende Stellplatz wurde von P. S. als Firmenparkplatz genutzt.

1. Obergeschoss, Stellplatz 1. Obergeschoss:

Vermietet ab 01.07.2005 als Büroräume an die Kriminalpolizei Leverkusen für monatlich 1.500,00 €. Da die Kriminalpolizei nicht bereit war, den dazu gehörenden Stellplatz zu mieten, vermietete P. S. diesen ab 01.07.2005 für 58,00 € monatlich an den Privatmann Meier.

2. Obergeschoss, Stellplatz 2. Obergeschoss:

Vermietet ab 01.07.2005 als Büroräume an den selbstständigen Handelsvertreter Reich für monatlich 3.000,00 € zzgl. 480,00 € Umsatzsteuer. Reich ist ausschließlich als Vermittler von innergemeinschaftlichen Lieferungen deutscher Unternehmer nach Polen tätig. Bezüglich des Stellplatzes hat P. S. mit Reich einen gesonderten Mietvertrag geschlossen. Danach hat Reich für die Überlassung des Stellplatzes monatlich 50,00 € zzgl. 8,00 € ausgewiesener Umsatzsteuer zu zahlen.

Aufgaben

1. Wie ist die **Nutzung** des **Erdgeschosses** umsatzsteuerlich zu beurteilen?

Lösung:

2. a) Entscheiden Sie, welche **Art der Leistung** P. S. mit der **Vermietung** des 1. und 2. Obergeschosses sowie der dazu gehörenden auf dem Grundstück gelegenen Stellplätze erbracht hat.
- b) Bestimmen Sie den **Ort der Leistung** und treffen Sie eine Aussage zur **Steuerbarkeit**. Nennen Sie **jeweils** die **gesetzliche Grundlage**.

Lösungen:

zu a)

zu b)

3. Prüfen und entscheiden Sie mit einer **stichwortartigen Begründung**, ob die erbrachten Leistungen **steuerfrei oder steuerpflichtig** sind.
Nennen Sie jeweils die **gesetzliche Grundlage!**
Gehen Sie davon aus, dass P. S. auf die Steuerbefreiung gem. **§ 9 UStG** soweit wie möglich verzichtet hat.

Lösungen:

Büroräume Kriminalpolizei Leverkusen

Stellplatz Privatmann Meier

Büroräume Handelsvertreter Reich (ggfs. bitte Rückseite benutzen!)

Stellplatz Handelsvertreter Reich